

MiB

DIE LINKE.
Stadtverband Leipzig

Mitteilungsblatt
Nr. 11 - 18. November 2014



Gedenken an die Reichspogromnacht vom 9. November 1938 an 9. November 2014.

Die DDR war kein Unrechtsstaat

Rechtzeitig vor dem 25. Jahrestag des Mauerfalls beschleunigt der Bundespräsident seinen militanten Marsch unter dem Motto, dass sich Deutschland nicht länger „klein machen“ darf. Im Klartext fordert Gauck bekanntlich ja schon länger mehr deutsche Stiefel samt Träger auf dem ganzen Globus. Im Bundestag bietet bislang nur unsere Partei diesbezüglich Paroli. Damit hat sie sich natürlich den Unmut des „Quasselpaffen“ (Eulenspiegel 11/2014) zugezogen, der prompt mit Blick auf das „drohende“ rot-rot-grüne Bündnis in Thüringen die rhetorische Frage stellte: „Ist die Partei, die da den Ministerpräsidenten stellen wird, tatsächlich schon so weit weg von den Vorstellungen, die die SED einst hatte bei der Unterdrückung der Menschen hier, dass wir ihr voll vertrauen können?“

Nun könnte man Gaucks antikommunistische Hetze getrost ignorieren und zu den Akten legen, wenn die Genossinnen und Genossen in Thüringen mit der Debatte zum „Unrechtsstaat“ DDR – sicher ungewollt – nicht selbst Wasser auf dessen Mühlen geleitet hätten, auch wenn das sicher nicht beabsichtigt war. Bei vielen Parteimitgliedern – auch in Leipzig – hat das Thema in den letzten Wochen zum Teil heftige Diskussionen, ja auch Irritationen ausgelöst. Es kann an dieser Stelle nicht darum gehen, das ganze Für und Wider dieser Auseinandersetzung zu skizzieren, zumal Bodo Ramelow selbst seinen eigenen, sehr klugen und sechs Seiten umfassenden Artikel dazu „Über die Unmöglichkeit, die DDR auf ein Wort zu reduzieren“ betitelte.

Die folgenden Grundpositionen werden

nach meiner Wahrnehmung in der Mitgliedschaft des Stadtverbandes mit deutlicher Mehrheit getragen. Erstens: DIE LINKE steht wie schon die PDS für eine differenzierte und gerechte Sicht auf die DDR, ihre Gesellschaft und ihre Geschichte. Wer Unrechtsstaat DDR sagt, denkt und schreibt an der wirklichen, widersprüchlichen Geschichte der DDR vorbei und leistet ihrer Kriminalisierung Vorschub. Mit diesem Kampfbegriff des Kalten Krieges (Friedrich Schorlemer) hatten wir daher bislang aus guten Gründen nichts am Hut. Er steht auch nicht im Erfurter Parteiprogramm von 2011, wo von der „DDR als Sozialismusversuch“ die Rede ist. Zweitens: Wir brauchen für eine differenzierte und gerechte Analyse der DDR und ihrer Geschichte eigene, dafür taugliche Begriffe. Wir müssen uns bei Strafe unserer Selbstaufgabe anderer Begriffe bedienen, als sie uns von den Regierenden der BRD aufgezwungen werden sollen.

Die DDR war keine „totalitäre Diktatur“, auch wenn sie unstrittig deutlich diktatorische Macht- und Herrschaftsstrukturen trug und gewissermaßen eine sozialistische „Erziehungs- und Entwicklungsdiktatur“ (Uwe-Jens Heuer) verkörperte, in der leider auch viel Unrecht und Unterdrückung geschah. Drittens. Der Rechtsstaat ist ein Begriff der bundesdeutschen Rechtswissenschaft. Die DDR und die Rechtswissenschaftler der DDR haben ihn überwiegend abgelehnt. Aber dennoch gab es in der DDR wichtige rechtsstaatliche Grundsätze, die mit dem Begriff der sozialistischen Gesetzlichkeit umschrieben wurden. Obwohl sie

keinen neuen Typ einer sozialistischen Demokratie zu entwickeln vermochte, war die DDR in bestimmten Bereichen (Betriebe, Rechtspflege und Kriminalitätsbekämpfung, Alltagskonflikte zw. Staat und Bürgern, Frauenrechte) sogar demokratischer als die BRD. Ein besonders bemerkenswertes Beispiel ist die ersatzlose Streichung des § 175, kraft dessen Homosexuelle viele Jahrzehnte drangsaliert wurden. Er wurde in der DDR 1968 ersatzlos gestrichen; in der BRD erst 1994.

Der bereits zitierte Friedrich Schorlemer hat in der Süddeutschen Zeitung vom 25./26. Oktober 2014 unter der Überschrift „Es gab Lücken in der Mauer“ eine bemerkenswert Sicht auf die DDR dargelegt, der man sich als Linker durchaus anschließen kann: „Wer die DDR noch 25 Jahre nach ihrem Ende in toto zum Unrechtsstaat erklärt, der kann zu keiner differenzierten Betrachtung des Lebens in diesem Land gelangen. Abgesehen davon, ob das Diktum ‚Unrechtsstaat‘ überhaupt eine juristisch taugliche Bezeichnung ist: es delegitimiert alles, was in der DDR gewesen ist... Niemand darf relativieren, was in den Gefängnissen der Stasi geschah... Das alles muss man benennen, kritisieren, verurteilen – doch ohne die Generalverdammungskeule Unrechtsstaat zu gebrauchen... Sie birgt (aber) die Gefahr, dass die DDR auf eine Stufe mit dem Nationalsozialismus gesetzt wird, was eine Verharmlosung von Judenmord und Angriffskrieg wäre.“

Dr. Volker Külöw

Offener Brief an den Landesvorsitzenden der Partei DIE LINKE Sachsen

Genosse Rico Gebhardt,

auf der Regionalkonferenz am 9. Oktober 2014 in Leipzig zur Auswertung der Landtagswahl hast Du als Reaktion auf meinen Diskussionsbeitrag zum Ausdruck gebracht: Wer behauptet, dass es eine Konterrevolution gab (gemeint sind die historischen Ereignisse der Jahre 1989/90 in der DDR), der hat mit mir in einer Partei nichts zu tun.

Ein solches Urteil eines Landesvorsitzenden gegenüber eines Mitgliedes ist ernst zu nehmen, weshalb ich Dich bitte, Deinen Worten Taten folgen zu lassen und die Schiedskommission anzurufen. Es ist für mich parteipolitisch von existentieller Bedeutung zu wissen, ob in der Partei Die Linke wissenschaftliches marxistisches Denken noch geduldet ist.

Vorab zum inhaltlichen Verständnis. Jeder historische Vorgang hat bestimmte Etappen und ein Resultat. Die Losung der ersten Etappe „Wir sind das Volk“, zielte auf eine Reformierung der DDR und nicht auf die Einführung der Herrschaft des Kapitals. Die Losung der

folgenden Etappe „Wir sind ein Volk“ beinhaltet die Forderung nach einer Vereinigung mit der kapitalistischen BRD. Entsprechend des realen Kräfteverhältnisses wurde die Losung „Wir sind ein Volk“ zum Ausgangspunkt der Restauration kapitalistischer Eigentumsverhältnisse für die neuen Bundesländer. Was nichts Anderes war als die Beseitigung der nichtkapitalistischen Eigentumsverhältnisse in der DDR bzw. der neuen Bundesländer, also Konterrevolution.

Dieser Begriff ist demnach keiner, der die Menschen „die die Schnauze voll hatten“, wie Du es beliebtest auszudrücken, diskreditiert. Er bezeichnet demnach die Wiederherstellung überwundener Eigentumsverhältnisse.

Solltest Du die gegenwärtigen Eigentumsverhältnisse der BRD, die die Reichen reicher macht, die Menschen zweiter Klasse produzieren (Hartz IV), die Kinderarmut, Obdachlosigkeit und Kriege einschließen, all das, was in der DDR überwunden war, als Fortschritt betrachten, dann haben wir natürlich unüberbrückbare Meinungsverschie-

denheiten, die nicht in einer Partei zusammen gehören. Hiermit ist aber noch nicht gesagt, wer von uns beiden nicht in Die Linke gehört. Denn im Parteiprogramm steht: „Wir verfolgen ein konkretes Ziel: Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus“. Sollte Deine Reaktion auf der Regionalkonferenz auf theoretischer Unkenntnis gesellschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse beruhen, so mach Dich bitte sachkundig. Ich erwarte dann mindestens eine öffentliche Entschuldigung, da Deine Position im Sachspiegel am 13.10.2014 öffentlich wurde.

Mit sozialistischen Grüßen
Siegfried Kretzschmar

Plakatlosungen und die Wirklichkeit

Für die Bürger ist es oft nicht oder nur sehr schwer möglich, das reale Handeln der Akteure politischer Parteien im Gegensatz zu ihren Wahlforderungen zu ergründen, noch dazu, wenn mit Gewalt und Angst versucht wird, die Verbreitung der Wahrheit in den Medien zu verhindern. Wochenlang (extra verlängert bis 17.10.14 für die einzigen Plakate, die noch massenhaft hingen) mussten wir auf ganzen Straßenzügen auf Plakaten der NPD lesen „Weg mit dem Crystal-Dreck“ und „Kriminelle Ausländer raus“, die von rechten Politikern maßgeblich des Drogenschmuggels bezichtigt werden.

Schlimm trifft es hier das kleine Städtchen Colditz – diesbezügliche Meldungen zu rechtsextremen Übergriffen verfolge ich über die antifa-info@linksmail.de (im Auftrag von DIE LINKE.Sachsen / hier Bericht v. 22.10.14 „Colditz: Neonazi mit Crystal Meth aufgegriffen“) seit Jahren.

Laut MDR-Bericht Mitte Oktober steht

nun der in der örtlichen Naziszene aktive Uwe Neubert wegen Drogenhandels vor Gericht (er wurde Ende September mit 1,8 Kilogramm Crystal aufgegriffen). Laut MDR-Bericht kam er bei dem Prozess 2012 (34 Anklagepunkte, hauptsächlich gegen Andreas, Uwe und Ralf Neuber – darunter fünf Körperverletzungen, die sich unter anderem gegen nicht-rechte Jugendliche richteten) mit einer Bewährungsstrafe davon. „Seine Kameraden, die Colditz schon seit Jahren stolz als „Angstzone“ bezeichnen, blieben unterdessen nicht untätig: In der Nacht der Ausstrahlung des MDR-Beitrags“ wurde von Unbekannten eine Farbbombe vor dem Haus eines Pensionsbesitzers deponiert, der im MDR-Beitrag von den Bedrohungen Uwe Neubers gegenüber ausländischen Gästen berichtet hatte. Im Beitrag aus antifa-info wird nun gefragt, ob die Einschüchterungstaktik womöglich funktioniert hat, da die LVZ in ihrer Muldentalausgabe bisher auf eine Be-

richterstattung verzichtet hat. (Weiterhin werden in der anita-info viele Beispiele u.a. für erwiesene Straftaten in der Drogenszene von NPD-Mitgliedern und bekannten Nazis genannt.)

Ich mache mir Sorgen bei dem Gedanken, wie viel Mut und Kraft die Zivilgesellschaft zu all diesen Themen zukünftig noch brauchen wird, wird sie es schaffen? Angesichts des bis vor kurzem noch von staatlicher Seite geführten Prozesses gegen den Jenaer Jugendpfarrer und den vielen ähnlichen geführten Prozessen, angesichts der noch immer für die sächsische Politik und Justiz geltenden Extremismustheorie und Extremismusklausel bei der Vergabe von Fördergeldern für antifaschistische, weltoffene und demokratiefördernde Projekte.

Ich wünsche mir, dass wir alle die Kraft haben werden.

Petra Blume

Gutachten des MDV bestätigt – Bund, Land und Kommune stürzen den öffentlichen Nahverkehr in eine Finanzierungskrise!

Das nun vorgestellte Gutachten des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes bestätigt, dass die Finanzierung der Nahverkehrsleistungen durch die Leipziger Verkehrsbetriebe innerhalb der Stadt Leipzig immer schwieriger wird. Die Zuschüsse von Bund und Land insbesondere für Investitionen in die Infrastruktur sowie in den Fahrzeugpark (früher gab es für Bahnen eine 90 % Förderung, heute nur noch 75 %, Busse werden nur noch im Ausnahmefall gefördert), sind gesunken. Ebenso geht auch der Beitrag der Stadt Leipzig an die LVB über die LVV zurück, und dies obwohl deutlich mehr Fahrgäste Busse und Bahnen nutzen und das ÖPNV-Angebot immer weiter ausgebaut wurde. Zwar konnte in den vergangenen Jahren durch Rationalisierungen innerhalb der LVB, welche unter anderem auch zur Gründung von LeoBus und LSVB mit ihren geringen Haustarifen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führten, und durch Fahrpreiserhöhungen eine schwarze „Null“ erreicht werden,

jedoch musste in den beiden letzten Jahren schon in die Rücklage gegriffen werden.

Jetzt muss eigentlich jedem Verantwortlichen, ob Aufsichtsrat von LVV oder LVB, Stadtrat oder Bürgermeister bewusst werden, dass ein „weiter so“ das Streben der Stadt nach einer Einwohnerzahl von 600.000 und gleichzeitig nach Reduzierung der Umweltbelastungen durch zunehmenden Autoverkehr scheitern muss.

Neben der Einforderung der Wahrnehmung der Verantwortung durch Bund und Land muss sich deshalb der Stadtrat wieder verstärkt in die Finanzierung des Nahverkehrs einbringen und sich zu dessen stabiler und verlässlicher Finanzierung bekennen. Alternative Finanzierungsmittel können, müssen aber nicht, ein Beitrag zur Entlastung des städtischen Haushaltes sein. Wer sich jedoch heute weigert, über neue Wege nachzudenken, muss dann auch darstellen, woher zukünftig ein angemessener Betrag für die erbrachten

Verkehrsleistungen der LVB kommen sollen, ohne dass die Fahrpreise ins Uferlose steigen und das Angebot ausgedünnt wird.

Dass nunmehr ganz besonders auf unser Drängen endlich alternative Finanzierungsmöglichkeiten – sprich das Bürgerticket – in das Nachdenken über die Zukunft des Nahverkehrs einbezogen wurden, ist ein Fortschritt. Allerdings ist die Art und Weise, wie dieses Thema in die Öffentlichkeit transportiert wurde, verheerend.

DIE LINKE fordert in ihrem Kommunalwahlprogramm die Einführung des fahrscheinlosen ÖPNV durch einen Bürgerentscheid möglichst bis 2019 auf der Grundlage eines seriösen Finanzierungskonzeptes. Die Umsetzung dieser Forderung kommt nun schneller auf uns zu als erwartet. Die Ortsverbände und Basisgruppen sollten sich verstärkt mit dem Thema befassen und sich sachlich in die öffentliche Debatte einbringen.

Jens Herrmann-Kambach

Gemeinwohl-Ökonomie – Utopie oder Leitfaden für die tägliche Praxis?

Einer der wenigen Leitgedanken, die die pluralistische Linke noch zum gemeinsamen Konsens hat, dürfte der vom Primat der Politik über die Wirtschaft sein. Das Wirtschaften als Mittel der Bedürfnisbefriedigung und Erreichung gesellschaftlich definierter Ziele, nicht der Profitmehrung. Oder wie Christian Felber, einer der Theoretiker der Gemeinwohl-Ökonomie, es auf der Jahrestagung der OWUS am 11.10.2014 in Berlin treffend formulierte: „Das Kapital ist Mittel zum Zweck. Wenn es zum Selbstzweck wird, liegt eine Perversion vor“. Und doch zwingt uns das Scheitern des „real existierenden Sozialismus“ zur Debatte darüber, welche Freiheiten Akteure des Wirtschaftslebens benötigen, welche Freiräume existieren müssen, damit sich Schöpfungskraft und Kreativität des Einzelnen zum Wohle aller entfalten.

Interessante Ansätze liefert die von Christian Felber (Gründungsmitglied von Attac Österreich) mitentwickelte Konzeption der „Gemeinwohl-Ökono-

mie“. Die Konzeption ist weitreichender als die Idee vom „Tauschring“, „Sozialer Ökonomie“ oder „Genossenschaftskonzept“. Sie beschreibt ein zukünftig mögliches Wirtschaftssystem, welches das Primat gesellschaftlich definierter Werte und Zielsetzungen mit autonomem Handeln selbstbestimmter Wirtschaftsakteure zu vereinbaren sucht. Die Konzeption im Einzelnen zu erörtern würde den Rahmen des Artikels sprengen, zumal sie sich selbst als ein lebendiger ergebnisoffener Diskurs versteht und demokratische Mehrheitsentscheidungen sowohl hinsichtlich der Ziele und Werte, die das Wirtschaften bestimmen sollen, als auch hinsichtlich der Instrumente ihrer Implementierung zu akzeptieren bereit ist.

Die GWÖ erhebt den Anspruch nicht nur eine Skizze für ein künftiges Gesellschaftsmodell zu sein, sie will auch auf das Handeln der Wirtschaftsakteure hier und jetzt Einfluss nehmen, indem sie Unternehmern und Verbrauchern, Kommunen und Behörden ein Instru-

mentarium der Selbstentwicklung, der Emanzipation von den überkommenen Denk- und Handlungsmustern der Profitmaximierung anbietet. Der Leser wird verwundert fragen: „Welcher Kapitalist soll denn freiwillig auf Profit verzichten? Den Unternehmern geht es doch nur darum, möglichst viel Profit zu erzielen und dabei die Menschen und Ressourcen auf Teufel komm raus auszubeuten.“

Die Feststellung von Christa Luft: „Ich habe den Eindruck, dass DIE LINKE das Thema Wirtschaft allzu oft auf die Kritik an Konzernen und Banken reduziert, aber Probleme von Millionen Klein- und Mittlerer Unternehmen zu wenig im Blick hat“, gibt schon eine Antwort darauf.

Und doch, es gibt sie die linke Unternehmerschaft. In der überwiegenden Mehrzahl handelt es sich um Menschen, die in den Zwang gekommen sind, unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen ihren Broterwerb auf unternehmerischem Wege

zu betreiben. Sie träumen nach wie vor von einer anderen, gerechteren Wirtschaftsordnung, die auch sie selbst von manchem Zwang befreit, müssen aber hier und jetzt handeln. Organisiert sind die linken Unternehmer in dem „Offenen Wirtschaftsverband der kleinen und mittleren Unternehmer, Freiberufler und Selbstständigen“, in Kurzform OWUS. Gründungsmitglied und erste Vorsitzende kurz nach den Umbrüchen der Wende war Christa Luft.

Der Verband existiert 20 Jahre, eine stattliche Zahl. Er konnte in all diesen Jahren punkten, weil er beständig nach Alternativen suchte, um das Handeln in den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen mit dem eigenen Gewissen und der eigenen sozialistischen Grundhaltung zu vereinbaren, getreu dem selbst auferlegtem Motto: „Mit wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung.“ Im Mittelpunkt seiner Aktivitäten stehen Themen wie die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, Fördermöglichkeiten für KMU, Inhalt und Ausgestaltung der Vergabeordnung, soziale Absicherung von Kleinunternehmern, Freiberuflern und Künstlern, prekäre Beschäftigung. Schon im Jahr 2006 sprachen sich OWUS Mitglieder für den Mindestlohn aus. Der Zusammenhang von Lohndumping und Kaufkraftverlust wurde von den KMU schnell erkannt, da sie als erstes von einer negativen Kaufkraftentwicklung betroffen sind.

So ist es auch nicht verwunderlich, dass die Konzeption der Gemeinwohl-Ökonomie gerade beim OWUS eine Heimstatt und eine engagierte Anhängerschaft fanden, so auch auf der Jubiläumstagung am 1. Oktober 2014 in Berlin. Die AG Linke Unternehmer des Stadtverbandes Leipzig war ebenfalls (vertreten durch Alexej Danckwardt und Maritta Brückner) vor Ort.

Während man in der freien Wirtschaft auf das Engagement und die freiwillige Selbstbindung der Unternehmer hoffen muss, sollte die Implementierung sozialer, umweltpolitischer und emanzipatorischer Ziele in kommunalen Unternehmen eigentlich leicht umsetzbar sein. Die Realität ist leider von den Möglichkeiten kommunaler Trägerschaft und den Hoffnungen, die mit der Abwehr von Privatisierungsversuchen kommunalen Eigentums verbunden waren, indes noch weit entfernt. Unverständlich ist, dass kommunale Unternehmen auf prekäre Beschäftigung, auf befristete Arbeitsverhältnisse und sonst entwürdigende Gestaltungen der Arbeitsverhältnisse setzen und Profitmaximierung auch dort das treibende Element ist.

Darauf positiv Einfluss zu nehmen, gehört zweifellos zum Selbstverständnis linker Kommunalpolitik, im Stadtrat und in den Aufsichtsgremien kommunaler Unternehmen, aber auch in der öffentlichen Debatte. Insofern bietet die GWÖ ein durchaus interessantes

Instrumentarium: Das der Gemeinwohl-Bilanz. Die Gemeinwohl-Bilanz würde helfen Ziele kommunalen Wirtschaftens auch jenseits des bloßen Gewinnergebnisses zu definieren und deren Erreichung transparent zu machen. Einer der Workshops diente der Frage der Gemeinwohlabgrenzung kommunalen Wirtschaftens: Wie kann eine Kommune die Gemeinwohlorientierung durchsetzen und die Gemeinwohlabgrenzung erstellen? Es ist ein überlegenswerter Denkanlass, einen solchen Bilanzierungsversuch in Leipzig zu unternehmen, nachdem die Stadtverwaltung sich für allerlei betriebswirtschaftliche (hauptsächlich neoliberal angehauchte) Erfassungsmethoden offen zeigt, warum dann nicht auch für etwas, was nicht nur die nackte Zahl erfasst.

Eine konstruktive und produktive Veranstaltung, durchgeführt von Unternehmern, denen die wirtschaftliche Zukunft ohne Ausbeutung von Menschen und Ressourcen am Herzen liegt und nicht der Profit. Die nicht nur sich mit Reformen im Kapitalismus einrichten wollen, sondern eine neue Wirtschaftsordnung erkämpfen wollen, die allen Menschen dient und alle gleichberechtigt am gemeinsam erwirtschafteten Reichtum teilhaben lässt. Die aus diesem Geist entstandenen Ideen und Anregungen lohnen durchaus einen zweiten Blick.

**Maritta Brückner
Alexej Danckwardt**

Ausstellung „Die verschwiegenen Toten. Opfer rechter Gewalt in Leipzig seit 1990“

Bis zum 11. Dezember 2014 ist in der Unteren Wandelhalle des Neuen Rathauses die Ausstellung „Die verschwiegenen Toten. Opfer rechter Gewalt in Leipzig seit 1990“ zu sehen. Die Ausstellung ist Ergebnis einer mehrmonatigen Recherchearbeit des Initiativkreis Antirassismus, der sich aus Anlass des Mordes an Kamal Kilade 2010 gegründet hat und seitdem intensiv zum Thema arbeitet.

Nach der offiziellen Statistik der Bundesregierung gab es in Leipzig seit 1990 drei rechts motivierte Morde. Neben Kamal, der von zwei Rassisten vor dem Hauptbahnhof erstochen wurde, betrifft dies Nuno Lourenco, 1996

nach einem durch die deutsche Nationalmannschaft verlorenen EM-Spiel so schwer geschlagen, das er sechs Monate später verstarb sowie Achmed Bachir, der 1996 in einem Gemüseladen in der Südvorstadt erstochen wurde. Der Mord an Bachir wurde erst 2012 im Zuge einer Nachüberprüfung des Sächsischen Innenministeriums nachträglich als rechts motiviert anerkannt. Das Rechercheprojekt „Todesopfer rechter Gewalt“ von ZEIT und Tagespiegel ordnet drei weitere Morde in Leipzig als rechts motiviert ein: den sozialdarwinistischen Morden an Klaus R. (1994) und Karl-Heinz Teichmann (2008) sowie den homophoben Mord

an Bernd Grigol (1996).

Im Zuge der Erarbeitung der Ausstellung wurden vier weitere Fälle recherchiert. 1995 fiel der wohnungslose Horst K. der Gewalt zweier Jugendlicher zum Opfer. Thomas K. wurde 2003 von einem Nazi erstochen. Als Verdachtsfälle, in denen ein rechtes Tatmotiv nicht ausgeschlossen werden kann, kommen Gerhard Sch. (von zwei Nazis aus der Straßenbahn geworfen, 1991) und Gerhard Helmut B. (möglicherweise aufgrund seiner Homosexualität ermordet, 1995) hinzu.

Die Ausstellung arbeitet nicht nur die konkreten Fälle auf, sondern befasst sich auch mit den Tatmotiven und der

Schwierigkeit eines adäquaten Umgangs mit dieser krassen Dimension rechter Gewalt durch offizielle Stellen. Der Staat erkennt nur zirka ein Drittel der durch JournalistInnen und Zivilgesellschaft recherchierten bundesweiten rechten Morde an. Dieses Kleinen hat Methode, wie spätestens der NSU-Komplex bewies.

Der Initiativkreis Antirassismus will mit der Ausstellung die Opfer in den Fokus rücken und gleichsam einen offensiveren Umgang mit rechter Gewalt einfordern. Dazu gehört nicht nur eine schonungslose Aufarbeitung der Mordfälle,

wie es beispielsweise das Land Brandenburg mit einer eigenen eingesetzten ExpertInnenkreises aus Verwaltung, Polizei, Justiz und zivilgesellschaftlichen Organisationen tut, sondern auch Sensibilität und Entschlossenheit im Umgang mit menschenfeindlichen Einstellungen in der Gegenwart, damit es erst gar nicht zu (tödlicher) Gewaltausübung kommt.

Die Ausstellung ist vom 14.11. bis 11.12. 2014 im Rahmen der Öffnungszeiten des Neuen Rathauses zu besichtigen (Montag bis Donnerstag 8:00 - 18:00 Uhr, Freitag 8:00 - 15:00

Uhr). Rundgänge mit VertreterInnen der Ausstellungsgruppe gibt es jeden Donnerstag (20. und 27. November sowie 4. und 11. Dezember) jeweils von 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr. Individuelle Vereinbarungen für Rundgänge können unter initiativkreis@riseup.net getroffen werden.

Träger des Projektes ist der Rote Baum e.V. Leipzig, die Stadt Leipzig hat das Projekt im Rahmen der Kommunalen Gesamtstrategie „Leipzig. Ort der Vielfalt“ gefördert.

Jule Nagel

Exkursion im Südraum Leipzig

Der Stadtbezirksverband DIE LINKE. Südwest hat sich in diesem Jahr im Rahmen der Diskussionen um die Energiewende mit der Energiepolitik im

Erste Station war der Aussichtspunkt Zitzschen am Zwenkauer See. Hier gab es Informationen zur Geschichte der Tagebaue Böhlen, Zwenkau und Cos-



Freistaat Sachsen, insbesondere mit der Braunkohleverstromung, auseinandergesetzt. Das Resultat dieser Veranstaltung war ein großes Interesse, sich selbst ein Bild von den Folgen des Braunkohlebergbaus in unserer Region zu machen. Aus diesem Anlass trafen sich 19 interessierte GenossInnen am Reformationstag zu einer Exkursion durch den Südraum von Leipzig. Angela Müller von der Ökologischen Plattform - ADELE präsentierte an vier verschiedenen Standorten Fakten zum aktiven Braunkohlebergbau und seinen umweltzerstörerischen Folgen, zur Braunkohleveredelung in Espenhain und Böhlen, zur Renaturierung der ausgekohlten Tagebaue sowie zur aktuellen Nutzung der neu entstandenen Seen.

puden. Das gut sichtbare Rohrleitungssystem zur Einleitung von gekalktem Wasser in den Tagebaurestsee bot die Gelegenheit, über die Maßnahmen zur Neutralisation der übersäuerten Grubenwässer zu diskutieren. Anschließend schauten wir uns noch den Hochwasserüberlauf von der Weißen Elster in den Tagebau an und besprachen die Fortschritte bei der Wiederherstellung des Leipziger Gewässerverbundes. In unmittelbarer Nähe dieses Aussichtspunktes lag ehemals der Ort Eythra, dessen 2100 Einwohner im Zuge des Tagebauaufschlusses größtenteils zwangsumgesiedelt wurden. Nächster Haltepunkt war Lippendorf. Sowohl das Braunkohlekraftwerk als auch der Komplex von Dow Chemical

liegen auf dem Gelände der ehemaligen Chemischen Werke Böhlen. Daher informierte uns Angela sowohl über die Geschichte der Braunkohleveredelung in Mitteldeutschland als auch über moderne Verfahren der Braunkohleverstromung inkl. der Risiken des damit verbundenen CO₂-Ausstoßes. In der Nähe von Lippendorf befanden sich während des II. Weltkrieges mehrere Zwangsarbeiterlager. Mit deren Geschichte machten wir uns an der Gedenkstätte für die Opfer aus der Sowjetunion, den Niederlanden, Italien und Frankreich vertraut.

Der aktive Braunkohlebergbau bildete den Schwerpunkt am Tagebau-Aussichtspunkt Vereinigtes Schleenhain in Deutzen. Dort konnten wir die gewaltige Größe und den damit verbundenen Landschaftsverbrauch eines aktiven Tagebaus selbst einschätzen. Sehr interessant waren die Ausführungen zur Erweiterung des Tagebaus durch den Eigentümer, die MIBRAG, und die damit verbundenen Pläne zum Abbagern weiterer Dörfer im Umkreis.

Die letzte Station unserer Exkursion bildete das Kap Zwenkau. Im Ausstellungspavillon verschafften wir uns einen Überblick über die Bergbaugeschichte der Region und die historische Abraumförderbrücke AFB 18.

Insgesamt eine gelungene und sehr informative Exkursion, die auch anderen Gliederungen der LINKEN nur empfohlen werden kann. Bei Interesse meldet Euch in der Geschäftsstelle, ADELE ist gern bereit, die Veranstaltung auch für Euch durchzuführen. **Angela Müller**

Auftakttreffen der AG Öffentlichkeitsarbeit (AG ÖA)

Als linke Partei sind wir bestrebt, ein Maximum an Transparenz und Möglichkeiten des Mitwirkens, sowohl innerhalb der Gesellschaft als auch innerhalb unserer Strukturen, zu erreichen. Daher wollen wir als AG ÖA die Aufgabe übernehmen, einen Austausch von Informationen und News zwischen den parteiinternen Gremien und zwischen dem Stadtverband Leipzig und den Medien und Interessierten jenseits der Partei zu ermöglichen. Diese vielfältige Aufgabenpalette wollen wir gemeinsam in einem Team angehen und laden alle, die uns unterstützen möchten, ganz herzlich zum Auftakttreffen der AG Öffentlichkeitsarbeit ein. Dieses findet

am Mittwoch, dem 3. Dezember 2014, um 20 Uhr im Liebknecht-Haus (Braustraße 15) statt.

Mit unserem Newsletter, der Homepage, den Email-Verteilern, der Facebookpräsenz und dem Twitteraccount haben wir viele Möglichkeiten der „neuen“ Öffentlichkeitsmedien jenseits der klassischen Kanäle der Öffentlichkeitsarbeit (ÖA) angetippt. Dieses neue Segment der ÖA hat im Vergleich zu Pressemitteilungen und dem Mitteilungsblatt ganz eigene Funktionsweisen. Klar ist, dass das vollumfängliche und zeitlich aktuelle Abbilden der Aktivitäten unserer Partei für eine einzelne Person sehr zeitintensiv ist, so dass wir

in Zukunft diese Aufgaben in der AG ÖA umsetzen möchten. Diese soll in einem ersten Schritt den Ist-Stand evaluieren und Verbesserungen daran nicht nur vorschlagen sondern auch zeitnah angehen. Zudem könnten wir überlegen, ob wir ein neues und einheitliches Design (Corporate Design) für unseren Stadtverband gemeinsam mit euch entwerfen. Auch die Vorbereitung von Grafik-, Layout- und typo3-Workshops ist vorstellbar, damit viele befähigt werden, unsere Öffentlichkeitsarbeit mitzugestalten. Es gibt viel zu tun, packen wir es an und wenn ihr Lust habt, dann macht mit und kommt am 3. Dezember vorbei.

AG ÖA i.G.

Neuer Pressesprecher DIE LINKE. Leipzig

Mit dem Rücktritt der bisherigen Pressesprecherin Naomi-Pia Witte, bei der ich mich an dieser Stelle für ihre engagierte Tätigkeit bedanken möchte, wurde es nötig, die Position der Öffentlichkeitsarbeit neu zu besetzen. Auf der Sitzung des Stadtvorstandes am 14. Oktober wurde ich, Kay Kamieth, zum neuen Pressesprecher der Leipziger LINKEN gewählt. In dieser Funktion möchte ich die verschiedenen Online- und Offline-Plattformen unseres Stadt-

verbands noch mehr aufeinander abstimmen, versuchen die vorhandenen knappen Ressourcen unserer Partei effizienter einzusetzen und die Öffentlichkeitsarbeit auf breitere Schultern zu stellen. Dabei ist mir sehr viel an der größtmöglichen Partizipation unserer Mitglieder gelegen (siehe dazu auch die Anzeige für das Auftakttreffen der AG Öffentlichkeitsarbeit (AG ÖA) im Heft). Aber auch für Kritiken, Anregungen und Verbesserungsvorschlägen an

unserer Öffentlichkeitsarbeit und unserer Außenwirkung werde ich immer ein offenes Ohr haben. Selbstverständlich können mir nicht stets alle Problemlagen und aktuellen politischen Entwicklungen in unserer Stadt rechtzeitig bekannt sein. Deshalb freue ich mich jederzeit um Zusendungen an: kay.kamieth@die-linke-in-leipzig.de
Auf eine gute Zusammenarbeit,

Euer Kay

Das „Was ist Was“ der Basiskonferenzen

So eine Basiskonferenz ist prozesshaft zu betrachten. Seit einem halben Jahr haben wir im Stadtvorstand den dauerhaften Tagesordnungspunkt „Umsetzung der Ergebnisse der Basiskonferenz“. Die Einführung dieses Punktes ist Ergebnis einer Selbigen. Auf Grundlage der Protokolle der zurückliegenden Basiskonferenzen (zu finden auf der Website unter „Dokumente“) und den aktuellen Geschehen wie Wahlen oder große Grundsatzentscheidungen, bereitet der Stadtvorstand ein Konzept für die folgende Basiskonferenz vor und diskutiert dieses.

Die vergangene Basiskonferenz am 18. Oktober erwies meiner Meinung nach einen erfrischenden Charakter. Die Teilnehmenden verständigten sich vor Ort darüber, welche Bedürfnisse an Debatten vorliegen und die Basis gestaltete eigenständig den Ablauf der Basiskonferenz neu. Immer mehr wird dieser geschaffene Raum ein Ort der Debatte und Arbeitsgremium. Das ist eine große Bereicherung für die innerparteiliche Verständigung.

So diskutierten die Genoss*innen vor Ort in zwei Gruppen die Auswertung des Wahlkampfes und die Bewertung

des Wahlergebnis. In der Auswertung des Wahlkampfes versuchten wir uns an einer gemeinsamen Problemanalyse um dann Handlungsstrategien entwickeln zu können. Nach mehreren Stunden Debatte waren wir noch nicht mal ansatzweise mit all unseren benannten Problemen durch und einigten uns darauf diesen Ansatz auf weiteren Parteitagen fortzusetzen. Somit wird es auf dem nächsten Stadtparteitag die Möglichkeit geben sich zu Problemen im Wahlkampf zu verhalten.

Nadja Guld

Auswertung der Landtagswahl 2014 ist fertig

"Es ist gute Tradition in der Leipziger LINKEN, nach Wahlen und Wahlkämpfen kritisch und selbstkritisch einen Blick zurückzuwerfen. So möchten wir es auch nach den Landtagswahlen vom 31. August 2014 halten." So leitet die fertiggestellte Wahlauswertung

zur Landtagswahl 2014 in Sachsen ein. Auf insgesamt 82 Seiten wird versucht eine gute Grundlage für weitere Auswertungen und Entscheidungsprozesse zu legen.

Die Wahlauswertung ist auf der Homepage des Stadtverbandes in digitaler

Form einsehbar und in der Geschäftsstelle (Braustraße 15) als gedruckte Broschüre erhältlich.

Der Preis für die Papier-Version liegt auf Grund der Druckkosten bei 2 Euro pro Exemplar.

Tipps und Veranstaltungen

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr

AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

AG Behindertenpolitik

3. Dienstag, 15:00 Uhr, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16

AG Betrieb & Gewerkschaft

1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Cuba si

2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Frieden und Gedenken

4. Dienstag, 17:30 Uhr

AG Junge GenossInnen

Samstag, vorm Filmabend, 18:00 Uhr

AG Kunst und Kultur

1. Dienstag, 18:30 Uhr

Ökologische Plattform

1. Mittwoch, 19:00 Uhr

AG Linke UnternehmerInnen

samstags, 14:00 Uhr, Monopol, Haferkornstraße 15

Lisa emanzipatorische Frauengruppe

Dienstag, alle 14 Tage fortlaufend, Ort auf Anfrage: 0177 7971080

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:30 Uhr

GBM e. V. – Sprechstunden

1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Str. d. 18. Okt.

Linksjugend - Plenum

1. Donnerstag, 18:00 Uhr

3. Donnerstag, 18:00 Uhr (Stammtisch)

Marxistisches Forum

1. Dienstag, 18:00 Uhr

Rentenberatung

nach telefonischer Vereinbarung

Die Linke.SDS

mittwochs, 19:00 Uhr, Geisteswissenschaftliches Zentrum, Raum 2.116, Beethovenstraße 15

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Do., 20. November 2014, 15:00 Uhr

Sozialberatung mit Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Fr., 21. November 2014, 19:00 Uhr

TTIP und CETA – Kahlschlag für die Kultur? Es diskutieren: Dr. Hans-Jürgen Blinn, Ministerialrat Internationale Angelegenheiten und EU Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur in Rheinland-Pfalz; Yvonne Gimpel (angefragt), Österreichische Kontaktstelle für das UNESCO-Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen; Herwig Lewy, Internationales Theaterinstitut; Dr. Cornelia Ernst, MdEUP; Helmut Scholz, MdEUP; Moderation: Dr. Skadi Jennicke, Stadträtin, Lofft, Lindenauer Markt 21.

Sa., 22. November 2014, 9:30 Uhr

2. Tagung des 4. Stadtparteitages, Veranstaltungssaal der LVB Angerbrücke, Jahn-Allee 56.

Mo., 24. November 2014, 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadtrat Sören Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Di., 25. November 2014, 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: „NIETZSCHE unter Rössen“ Zum Nachleben eines schwierigen Denkers in der sozialistischen Provinz. Mit Prof. Dr. Matthias Steinbach, Historiker, TU Braunschweig, RLS.

Mi., 26. November 2014, 18:00 Uhr

Bildungsabend: Bildungspolitische Positionen der Partei DIE LINKE in Sachsen. Mit Cornelia Falken, MdL. Stadtteilzentrum Messemagistraße, Str. des 18. Oktober 10a.

Do., 27. November 2014, 15:00 Uhr

Eröffnung des Wahlkreisbüros von MdL Cornelia Falken und Stadtrat Sören Pellmann in Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Do., 27. November 2014, 18:30 Uhr

Die Wahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen. Mit Tilman Loos. Klub Gshelka, An der Kotsche 51.

Fr., 28. November 2014, 18:00 Uhr

Literaturtee bei Rosa L. Eine Veranstaltung von Dialog e.V. in Kooperation mit der RLS Sachsen, RLS.

Sa., 29. November 2014, 10:00 Uhr

Terre de femmes - Aktionstag „NEIN zu Gewalt an Frauen“. Inhaltlicher Schwerpunkt ist in diesem Jahr Sexismus in der Werbung. Dazu findet ein Brunch statt. AG LISA. RLS.

Mi., 3. Dezember 2014, 19:00 Uhr

Kobane retten! Aber wie? Gast: Dominic Heilig. Eine Veranstaltung der Rosa Luxemburg Stiftung in Kooperation mit dem linXXnet e.V., Galerie KUB, Kantstraße 18.

Do., 4. Dezember 2014, 15:00 Uhr

Sozialberatung mit Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Fr., 5. Dezember 2014, 19:00 Uhr

100 Jahre Liebknechts Nein zum Krieg! Gespräch und Film mit MdB Sevim Dagdelen und Dr. Volker Külöw. Es wird der Film „Merry Christmas“ gezeigt, LHL.

Mo., 8. Dezember 2014, 18:00 Uhr

Podiumsgespräch: Zur aktuellen politischen Situation in Ungarn. Lesung und

Jahresausklang „und Frieden auf Erden...“ Weihnachten in kriegerischen Zeiten Mit Prof. Dr. Klaus Schuhmann, es lesen Susann Scholz-Karas und Stefanie Götze

Mi., 10. Dezember 2014, 18:00 Uhr

In Zusammenarbeit mit dem Stura der Universität Leipzig, der Initiative gegen die Todesstrafe e.V. sowie weiteren Leipziger Vereinen, laden Richard Gauch von der Initiative Leipzig Korrektiv und Ricky Burzlaff von Verantwortung für Flüchtlinge e.V. Ray Krone nach Leipzig ein. Er berichtet aus seinem Leben in der Todeszelle sowie über das Leben davor und danach. Ebenfalls wird über den Kampf gegen die Todesstrafe diskutiert. 1. OG im Hörsaalgebäude der Uni Leipzig.

Sa., 13. Dezember 2014, 10:00 Uhr

Ständiges Seminar: Analyse politischer Kommunikation Mit Prof. Dr. Peter Porsch und Dr. Ruth Geier, RLS.

Sa., 13. Dezember 2014, 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen. Der Eintritt ist frei. Gezeigt wird der Film: „Engel & Joe“, LHL.

Mo., 15. Dezember 2014, 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadtrat Sören Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Do., 18. Dezember 2014, 15:00 Uhr

Sozialberatung mit Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Mo., 5. Januar 2015, 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadtrat Sören Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Fahrscheinfrei mit Bus und Bahn!

Der MDV diskutiert seit einiger Zeit verschiedene neue Finanzierungsmodelle für den ÖPNV – vergisst aber den sozialen Ausgleich!

Es war DIE LINKE, bzw. die linksjugend [‘solid] Sachsen die schon seit Jahren alternative Finanzierungskonzepte für den Öffentlichen Personen Nahverkehr fordert. Die weitreichendste ist die Idee des fahrscheinfreien ÖPNV.

Um diesen zu bezahlen soll das Finanzierungssystem neu aufgestellt werden – nämlich solidarisch und damit günstiger für alle. Schon heute zahlen wir Steuern für den Straßenausbau, Subventionen für Automobilkonzerne und die Kosten der Umwelt- und Klimaschäden durch den vor allem motorisierten Individualverkehr. Wenn wir es schaffen, umweltfreundliche Verkehrsmittel stärker zu fördern, nützt uns das allen, denn es ist nicht nur volkswirtschaftlich günstiger mehrere Personen mit einem Fahrzeug zu transportieren, es reduziert auch Lärm- und Abgasemissionen und damit Umwelt- und Gesundheitskosten. Da auch Alle von

weniger befahrenen Straßen und mehr Platz in der Stadt profitieren, sollten auch Alle einen Beitrag im Rahmen ihrer Möglichkeiten dazu leisten, um dies zu finanzieren. Das heißt aber nicht, so wie in vielen Medien beschrieben, dass die Bürger_innen alles zahlen sollen, sondern auch die Wirtschaft und auch weiterhin der Staat.

Den Kritikern, die die Idee des fahrscheinfreien ÖPNV als Zwangsabgabe bezeichnen, möchte ich entgegenen, dass es diese Zwangsabgabe schon heute für all die Menschen gibt, die auf Bus und Bahn angewiesen sind und dafür sehr hohe Beträge für die Fahrkarte zu zahlen haben. Es kann nicht sein, dass man bis zu 60 € pro Person für eine Monatskarte zahlen muss. Wir brauchen da einen solidarischen Ausgleich. Eine Finanzierungssäule sieht zum Beispiel eine allgemeine Abgabe für die Einwohner der Stadt ähnlich wie bei der Abfallentsorgung und der Straßenreinigung vor. DIE LINKE setzt bei diesem Modell aber auf einen sozialen Ausgleich. Das heißt, dass Kinder und

Menschen mit niedrigen Einkommen keine oder nur eine geringe Abgabe zu leisten haben. Menschen mit hohem Einkommen eine höhere Abgabe. Im Schnitt könnte so ein Beitrag von 20 € pro Person erreicht werden. Auch um die ÖPNV-Infrastruktur massiv auszubauen um die Vielzahl an neuen Nutzer_innen transportieren und erreichen zu können. Ebenso sollten Unternehmen die auch von einer guten Infrastruktur und einer lebenswerten Stadt profitieren, einen stärkeren Beitrag dazu leisten. Schließlich haben auch diese ein Interesse, dass ihre Arbeitnehmer_innen kostengünstig und umweltfreundlich zum Arbeitsort gelangen. Lasst uns deshalb die bereits formulierten guten Ideen nicht verwerfen, sondern sachlich diskutieren. Kurzfristig sollten wir dafür streiten, dass es endlich ein Tarifmoratorium gibt, um weiter steigende Fahrkartenpreise zu verhindern und mittelfristig zu senken und schließlich abzuschaffen.

**Marco Böhme,
Sprecher für Klimaschutz und Mobilität der
sächsischen Landtagsfraktion**

„Wir müssen reden, Genossin ;)“

Liebe Genossinnen,

die „Bildungspartisaninnen“ sind ein Arbeitszusammenhang von Frauen aus der Kommission Politische Bildung (KPB) beim Parteivorstand der LINKEN und weiteren in der feministischen Bildungsarbeit erfahrenen Frauen aus dem Umfeld der KPB. Seit 2014 laden wir ein zu regionalen Treffen bildungsaktiver Frauen zum Gedankenaustausch, gemeinsamen Lernen und Vernetzung.

Wir wollen mit Euch über die „Vier-in-einem-Perspektive“ als eine Utopie von Frauen, die eine Utopie für alle ist, ins Gespräch kommen. Kann sie Kompass für eine künftige solidarische und

emanzipatorische Gesellschaft sein? Welche offenen Fragen und Leerstellen müssen wir bearbeiten? Welche Orientierung gibt 4in1 für unsere heutigen Kämpfe? Wir wollen gemeinsam mit euch Ideen entwickeln, unsere politische Praxis prüfen und unseren analytischen Blick schärfen. Wir laden Euch herzlich ein zu unserem nunmehr dritten regionalen Tagesworkshop.

Die 4in1-Utopie – Ein Kompass für unsere Politik?

Samstag, 6. Dezember 2014 11:00 – 18:00 Uhr Ort: Leipzig (Veranstaltungsräume der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Harkortstr. 10, Leipzig)

Wichtiger Hinweis: Die Teilnahme am Workshop und Verpflegung sind kostenfrei. Fahrtkosten können im Einzelfall auf Antrag erstattet werden. Für unsere Planung bitten wir um verbindliche Anmeldung bis zum 21. November 2014 bei Ulrike Zerhau, Carolin Hasenpusch oder Annegret Gabelin:

- über unsere Website:
www.die-linke.de/partei/politischebildung/weitere-termine/
(dort das Anmeldeformular ausfüllen) oder
- per E-Mail: polbil@die-linke.de oder
- telefonisch: 030/24009-116

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, Fon: 0341/14 06 44 11, Fax: 0341/14 06 44 18

web: www.dielinke-leipzig.de, email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig, Konto: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann (V.i.S.d.P.), Nadja Guld, Dr. Christina Mertha, Sören Pellmann (Gestaltung), Stephan Sander, Simon Zeise.

Druck: Saxoprint

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 12/2014 ist Montag, 1. Dezember 2014. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerehaltende Kürzungen vor.

